

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammeishain, Beucha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Verkauf wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: wöchentlich M. 65.000.000.— mit Austr., Post einschl. der Postgeb., monatlich nach Schlußjahr. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Zeile 80 M., amtliche 100 M., Reklameteil (3sp.) 150 M., kleine und Familienanzeigen 50 M. mal Schlußjahr 600.000. Tabell. Satz 50%, Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 1.

Nummer 124

Freitag, den 19. Oktober 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

Der Teuerungszuschlag zu den Eisenbahnfahrten beträgt ab 8. Oktober 1923 das
35 000 000 fache
der Grundpreise.
Grimma und Colditz, 15. Oktober 1923.
Die Amtshauptmannschaft. Die Stadträte.

Zufolge Notverordnung vom 5. Oktober 1923 (G. Bl. S. 475) ist auf die für das Rechnungsjahr 1923 noch geschuldeten Staatsgrundsteuer eine sofortige Abschlagszahlung zu entrichten.
Ueber die Abschlagszahlung gehen den Steuerpflichtigen schriftliche Zahlungsaufforderungen nicht zu; die Höhe der Abschlagszahlung muß sich jeder Steuerpflichtige in nachfolgender Weise selbst berechnen.
Die Abschlagszahlung beträgt ein Viertes des unter A des Grundsteuerbescheides für das Rechnungsjahr 1922 festgestellten Steuerwerts des Steuergegenstandes (Grundstück, Erbbaurecht, Gebäude auf fremdem Grund und Boden), und zwar
a) bei roggengrundsteuerpflichtigen (d. h. landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen) Grundstücken das 350 fache des Steuerwerts,
b) bei den übrigen Grundstücksarten (z. B. Wohngrundstücke, bebaute und unbebaute gewerbliche Grundstücke) das 225 fache des Steuerwerts.

Von dem berechneten Betrage sind 25 v. H. als Abschlagszahlung auf den Gemeindeforschlag außerdem zu entrichten.
Wird die Gesamtabchlagszahlung nicht rechtzeitig entrichtet, so ist für jeden der Fälligkeit der Abschlagszahlung folgenden angelegenen Kalendermonat (— vom 1. November d. S. ab) ein Zuschlag von 50 v. H. der rückständigen Abschlagszahlung zu entrichten. Gegen Schumige wird die zwangsweise Beitreibung durchgeföhrt werden.
Naunhof, am 15. Oktober 1923. Der Stadtrat als Grundsteuerbehörde.

Der Wasserpreis für das seit der letzten Ablesung entnommene Wasser (1/2 Jahr) beträgt 10 Millionen Mark je cbm. Der Preis wird bei der jetzigen Ablesung sofort eingerechnet.
Wasserzermiete wird bis auf weiteres nicht erhoben. Der Betrag hierfür ist in den Wasserpreis eingerechnet. Wenn in einem Grundstücke mehr als ein Wasser aufgeführt wird, bleibt die Nachforderung eines entsprechenden Betrags vorbehalten.
Naunhof, am 18. Oktober 1923. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Zusammenkunft zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Seipel soll nunmehr am 21. Oktober erfolgen.
- Vom 18. Oktober an werden die Telegraphen- und Fernsprechkablen verknüpft.
- Präsident der neuen Rentenbank soll der frühere preussische Finanzminister Dr. Renze werden.
- Die Eisenbahner im besetzten Gebiet verhandeln noch mit den französischen Stellen über Art und Umfang der Einstellung zum Dienst.
- Moskau, Präsident der tschechoslowakischen Republik, weilt in Paris und tauscht mit Millerand Verständigungsreden aus.

Der neue Schrift Deutschlands.

Volcaré macht die „Rückkehr zur Arbeit“ im Ruhrgebiet zum Vorwand für die Errichtung einer vollständigen wirtschaftlichen und politischen Kontrolle. Er unterstellt französische Verwaltung den einzigen Teil Deutschlands, aus dem im besten Falle für lange Zeit irgendwelche Entschädigungen kommen können und erschüttert zu gleicher Zeit bis in die Grundlagen den ganzen deutschen Staat, mit dem allein endgültige Unterhandlungen eingegangen werden können.
So schreibt ein liberales englisches Blatt. Treffender kann die gegenwärtige Situation, kann die Politik Volcarés nicht gekennzeichnet werden. Und in diese Situation, diese Politik hinein erfolgt ein neuer Schritt Deutschlands in Paris, der soeben durch unsern Geschäftsträger v. Hoesch bei einem Besuch Volcarés unternommen wurde. Zweifellos wird damit die Absicht der deutschen Regierung kundgetan, die Frage der Sachlieferungen irgendwie ins Rollen zu bringen. Zwar haben die Franzosen durch Verhandlungen mit den Industriellen sich Sachlieferungen gesichert, fahren ebenso fort, Kohlen und Holz zu beschlagnahmen; das alles ist aber solange kein Schritt für die wirkliche Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet, bleibt eine praktische Unmöglichkeit, als die Frage der Bezahlung dieser Sachlieferungen nicht geregelt ist, solange das Reich nicht zu Abmachungen mit Frankreich über die Frage der Entschädigung an die Lieferanten gekommen ist. In den bekannten Leistungen, die bei Beginn der Verhandlungen zwischen den Industriellen und Deputierte der Reichsregierung unterbreitet worden waren, findet sich auch als erster die — selbstverständliche — Forderung, sowohl für die geraubten Kohlen wie für die zukünftigen Lieferungen vom Reich Bezahlung zu erhalten. Das heißt also, das Verhältnis wiederherzustellen, wie es vor der Einstellung der deutschen Sachlieferungen eingerichtet war, denn wenn das Reich diese Zahlungen verweigert, können die Werke weder produzieren noch liefern, weil sie ja von Frankreich Bezahlung nicht erhalten, sondern der Betrag „dem deutschen Reparationskonto zugeschrieben“ wird.

Aus dem sächsischen Landtage.

Im Dresdener Parlament spielte sich ein scharfer Kampf ab, bei dem die bürgerlichen Parteien und der Ministerpräsident zusammenstehen. Die Abgeordneten der drei bürgerlichen Parteien sprachen der Regierung ihr Vertrauen aus, während die Redner der Sozialdemokratie und der Kommunisten der Regierung ihr vollstes Vertrauen bejubelten. Ministerpräsident Dr. Zeigner wandte sich gegen die Ausführungen der drei bürgerlichen Redner. Als er auf den Vorschlag der Regierungserklärung zu sprechen kam, in dem eine Änderung des Beamtenums verlangt wird, enthielt ein ungeheurer Lärm. Der Ministerpräsident warf den Beamten vor, daß viele von ihnen ihre Haupttätigkeit in der Abhebung des Gehalts erblickten. Auch der Abg. Dehne, obwohl er Mitglied einer republikanisch-demokratischen Partei sei, habe seinem Minister nicht in dem Maße zur Seite, wie man es von einem Ministerialdirektor verlangen könnte. Wegen dieses Angriffes auf einen Abgeordneten wurde der Ministerpräsident vom Vizepräsidenten Wünger zur Ordnung gerufen. Dr. Zeigner ging dann auf den Ausnahmestand ein, den er scharf geißelte. Unter anderem erwähnte er die neuesten Verordnungen des Generalleutnants Müller, nach der gesamte Polizei Sachsens dem Wehrkreisoberkommando unterstellt sei. Er erklärte, der Staat müsse sich auch gegenüber dem Militär durchsetzen.

Dresden, 17. Oktober.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags kam es zu einem sensationellen Zwischenfall, als Ministerpräsident Dr. Zeigner einen Brief des Militärbefehlshabers verlas, in dem General v. Müller auf eine Rede des kommunistischen Ministers Böttcher in Leipzig Bezug nimmt. Am Schluß des Briefes sagte General Müller: „Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen, für deren Fortführung bitte ich Sie zu den Ausführungen des Ministers Böttchers Stellung zu nehmen und mir mitzutheilen, ob sich das Gesamtministerium mit den Ausführungen des Herrn Böttchers einverstanden erklärt, oder ob es davon abrückt. Für den letzten Fall muß ich, um klare Verhältnisse zu schaffen, erklären, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlicht. Gleichfalls bitte ich um Mitteilung von Maßnahmen, die derartige Entstellungen von Ministern zu verhindern, imlande sind.“

Ministerpräsident Dr. Zeigner sagte, das Parlament habe keinen Sinn und keine Macht mehr, wenn es sich solche Dinge gefallen läßt. Es erscheint demnach zweifelhaft, ob die sächsische Regierung überhaupt auf den Brief des Militärbefehlshabers antworten wird. Jedenfalls wächst die Spannung zwischen sächsischer Regierung und Militärbefehlshaber von Tag zu Tag.

Damit wird das gesamte Problem der Zahlungsfähigkeit Deutschlands angeknüpft. Weigert sich Volcaré irgendwie auf deutsche Vorschläge einzugehen — was er wohl wieder offen oder verlausuliert tun wird —, so kann Deutschland nun nicht einfach durch Privatabmachungen mit Lieferanten die Zahlungen beden, sondern — und das ist wohl auch die Absicht Volcarés — muß die ganze Sache vor die Reparationskommission bringen. Und das heißt, ihre Entscheidung verzögern. Wenn Volcaré seinen Willen durchgesetzt hat, mögen vielleicht Unterhandlungen beginnen. Es ist aber nicht recht klar, was dann für ein Unterhandeln überhaupt noch übrig sein wird.“ schreibt jene englische Zeitung. Weil er bis dahin sein Ziel, die politische und wirtschaftliche Unterjochung des besetzten Gebietes, erreicht haben wird.

Deutschland kann aber gar nicht „aus menschlichen Erwägungen heraus“ nun das gesamte Ruhrgebiet nach wie vor unterhalten. Damit würde es den Rest Deutschlands ganz ruinieren. Es muß einfach derartige Zahlungen ablehnen, wenn nicht die Regelung von Staat zu Staat erfolgt. Obwohl zweifellos in Paris dann wieder über den „mangelnden guten Willen“ Deutschlands geschrieben und geschrieben werden wird. In dem Brief Dr. Stresemanns an Bismarck hat der Reichskanzler auch diesen Standpunkt ganz offen zum Ausdruck gebracht. Frankreich will das parlieren durch die Einziehung der Steuern im besetzten Gebiet; ein offenbar von Volcaré beeinflusster „Temps“-Artikel deutet das an. Oder man greift zu anderen Zwangsmaßnahmen.

Die Lage ist also außerordentlich verwickelt, zumal ja gleichzeitig von Belgien und — wenn auch mit geringem Nachdruck — auch von England aus versucht wird, das Reparationsproblem, zu dem ja die Sachlieferungen auch gehören, in seiner Gesamtheit ins Rollen zu bringen. Aber alles hängt von der Entscheidung in Paris, von der Antwort ab, die Volcaré auf unsere Vorschläge machen wird. Und über diese soll man sich wirklich keinen großen Hoffnungen mehr hingeben. Weigert sich Frankreich, irgendwie einzugehen auf das, was wir ihm zu sagen haben, so wird es sehr bald vor die Notwendigkeit gestellt sein, nun von sich aus die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu ordnen, es überhaupt erst wieder auf die Beine zu stellen, ehe es an seine „produktiven Pfänder“ — produktiv machen.

Erklärung der Reichsregierung.

In den letzten Tagen sind über die Verhältnisse in Sachsen Berichte in die Öffentlichkeit gelangt, die eine weitgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Von den zuständigen Stellen wird die Entwicklung dieser Verhältnisse mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Reichsregierung wird unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger und gesetzmäßiger Zustände gewährleistet wird.

So lautet eine in Berlin herausgegebene amtliche Erklärung. Während dem spielt sich die Lage in Sachsen fest zu einem offenen Konflikt zwischen dem Militärbefehlshaber und der sächsischen Regierung zu. Die Regierung bezweifelt die Rechtsgültigkeit der Verfügungen des Generals v. Müller gegen die proletarischen Hundertschaften rückhaltlos. Der Militärbefehlshaber hat dagegen eine neue Maßregel getroffen, indem die gesamte Polizei und Gendarmerie dem Befehl des Wehrkreisoberkommandos unterstellt mit der Begründung, daß die Polizei zur Überwindung etwaiger Widerstände gegen die Aushebung der proletarischen Hundertschaften und Aktionsausschüsse verwendet werden solle.

Nach einer weiteren Mitteilung des Wehrkreisoberkommandos hat der erste Kongreß der sächsischen proletarischen Abwehrorganisationen trotz des Verbotes des militärischen Befehlshabers stattgefunden. Es sei möglich, daß das Verbot der Hundertschaften und Aktionsausschüsse auf scharfen Widerstand stöße, der unter Umständen nur durch Einsatz von Truppen gedrohen werden könne.

Das Verbot der sächsischen Hundertschaften.

Dresden. Die sächsische Regierung erklärt eine Erklärung, in der sie gegen das vom Wehrkreisoberkommando 4 angeordnete Verbot der proletarischen Hundertschaften Stellung nimmt. Die Regierung erklärt, sie habe gegen das Verbot grundsätzliche Bedenken, weil die Verfassungstreue und die Entschlossenheit der proletarischen Hundertschaften, die Republik gegen alle Angriffe zu verteidigen, nicht bestritten werden könne. Sie werde ihre Bedenken auch in Berlin aussprechen.

Abgeordneter Meier Zivilkommissar für Sachsen.

Berlin, 17. Oktober. Die Ernennung des Sozialdemokratischen Abgeordneten Meier-Zwickau zum Zivilkommissar des Wehrkreisoberkommandos 4 ist heute vormittag erfolgt. Meier gehört der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an.

Die Franzosen in Essen.

Beabsichtigen sie dauernden Aufenthalt?
Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen, rund 4000 Zimmer beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr an das Besatzungsamt Essen der Antrag auf Vereinstellung von 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Dazu kommt bei jeder einzelnen Wohnung, die vollständig möbliert sein muß, die Vereinstellung einer Küche und eines Wäszimmers. Während es bisher den Angehörigen der Besatzungsmächte nicht gestattet war, mit ihren Familien zusammen zu leben, ist diese Bestimmung jetzt offenbar aufgehoben. Das Besatzungsamt muß auch für Heizmaterial und für die Beheizung Sorge tragen.

Die Anforderungen bedeuten für die Stadt Essen eine ungeheure Last, da es in Essen 20 000 Wohnungssuchende gibt. Außerdem sind Stallungen für 380 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen. Essen gehört nicht zum alibefreiten Gebiet, welches das linke Rheinufer und die drei Brückendörfer umfaßt.

Fortsetzung der Gelddiebstähle.

Von der französischen Besatzungsbehörde sind aus der Tageskasse der Reichsbankstelle Düsseldorf 42 Millionen Mark fortgenommen worden. Die deutsche Besatzungsarmee nahm aus den Tageskassen der Reichsbankstelle Aachen 6 Millionen Mark fort. In der Reichsbankstelle Arefeld wurden 6 Millionen Mark gewaltsam fortgenommen.

Rahrs neue Verfügung.

Teilnahme an sozialistischen Selbstschußverbänden verboten.
München, 17. Oktober.

Durch eine amtlich bekanntgegebene Verordnung des Generalstaatskommissars ist vom 16. Oktober 1923 vor allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschußverband oder ähnlichen Einrichtungen der Vereinigten Sozialdemokratischen oder der Kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Übungen, Veranstaltungen oder Zu-

Dr. Frank be-
einer Ansprache
überen Gäste und
en und der österr-
bin.

te? In laudat West

12. 10.
gesucht | angeh.

156100	1563000
156250	701750
156380	1050620
156450	62155
156500	401000
156500	1804500
156525	711775
156540	240800
156550	205512
156560	180450
156570	55.789
156575	210.525
156580	118295

bermarkt, demna b
Bolhofenige.

r. Amtlich festge-
logramm ob Sta-
der 6800—7000.
ig. Gerste, Som-
licher 4800—5000.
rei Berlin brutto
r. Koll. Rubin.
brutto inkl. Sad
brutto 2100—3000.
r. Watter. Wirt-
n 12 000—15 000.

erungskommission
teile pro 50 Kilo-
r Markt (in Wirt-
entfroh 240—250.
n 150—160, Regen-
n- und Regen-
heu 180—200.

erhoffen, rote und
0).

ng dieser Bank
neuen Institut
r Abrechnung-
verständiger
umfänglichem
hilfen in anbe-

hlensteuer. In-
tenden fünfzehn
rifer- und Kol-
riffs ab Lager
abstofs ab Lager

eur in Hranosel

ge Tagel

orgen gebe auf alle
O, Rabati in bar
Waren. Da ich eine
ung beden muß, die-
angebot. Bei nur
Einkauf haben Sie
tionen Rabati. Be-
ne neuen Sachen in
n. 4 schone Sweite
2 Milliarden verkauft
Bartenstraße 58.

Wasch-
Maschinen
1. g. d. A. u. w. h.
Wilhelm
Gardaba
Leipzig,
Lieserthens-
platz 2
Fernr. 15 090
Dr. Spezial-
geschäft am
Platz
Wiederwerk
u. Vertr. ges.

ft ii ck

amilienhaus, gute
ca. 1/2 Acker Feld.
che werbefähige
le u. „Wurgen“
es.

u. billig Buch-
Güntz & Eule.

esbaden
h, unser

Haborg